

Stuttgart überholt die Hauptstadt

Grüne: Franz Schulz seit '96 Bürgermeister in Berlin

ASCHAFFENBURG/BERLIN/STUTTGART. Mit Fritz Kuhns Wahl zu Stuttgarts Bürgermeister verliert Friedrichshain-Kreuzberg seine Spitzenposition: Der einstige Berliner Unruhebezirk ist mit seinen 280.000 Einwohnern nicht mehr Deutschlands größte Kommune mit einem grünen Bürgermeister. Der 1948 im Aschaffener Stadtteil Damm aufgewachsene Bezirksbürgermeister Franz Schulz muss



Franz Schulz.
Foto: Henson Stehling

den »grünen Staffelstab« an Parteifreund Kuhn weiterreichen.

Friedrichshain-Kreuzberg zählt zwar deutlich weniger Einwohner als die Schwabenmetropole mit ihren 610.000 Köpfen, aber noch deutlich mehr als andere Städte mit grünem Bürgermeister. Platz drei belegt jetzt das 230.000 Menschen starke Freiburg. Tübingen und Konstanz kommen jeweils auf 90.000. »Das Lebensgefühl in deutschen Großstädten wird immer grüner«, freut sich Bettina Jarasch, Vorsitzende der Grünen Berlin. »Auch in Berlin fahren immer mehr Bürger Rad, sie engagieren sich für gute Kitas und Schulen und wollen, dass die Mieten bezahlbar bleiben«. Das waren auch Kuhns Schwerpunkte. Auch wenn Kuhn sein Abitur in Memmingen ablegte, teilen beide grüne Bürgermeister außer ihrem Parteibuch eine ähnliche regionale Herkunft: Kuhn ist 1955 geboren in Bad Mergentheim.

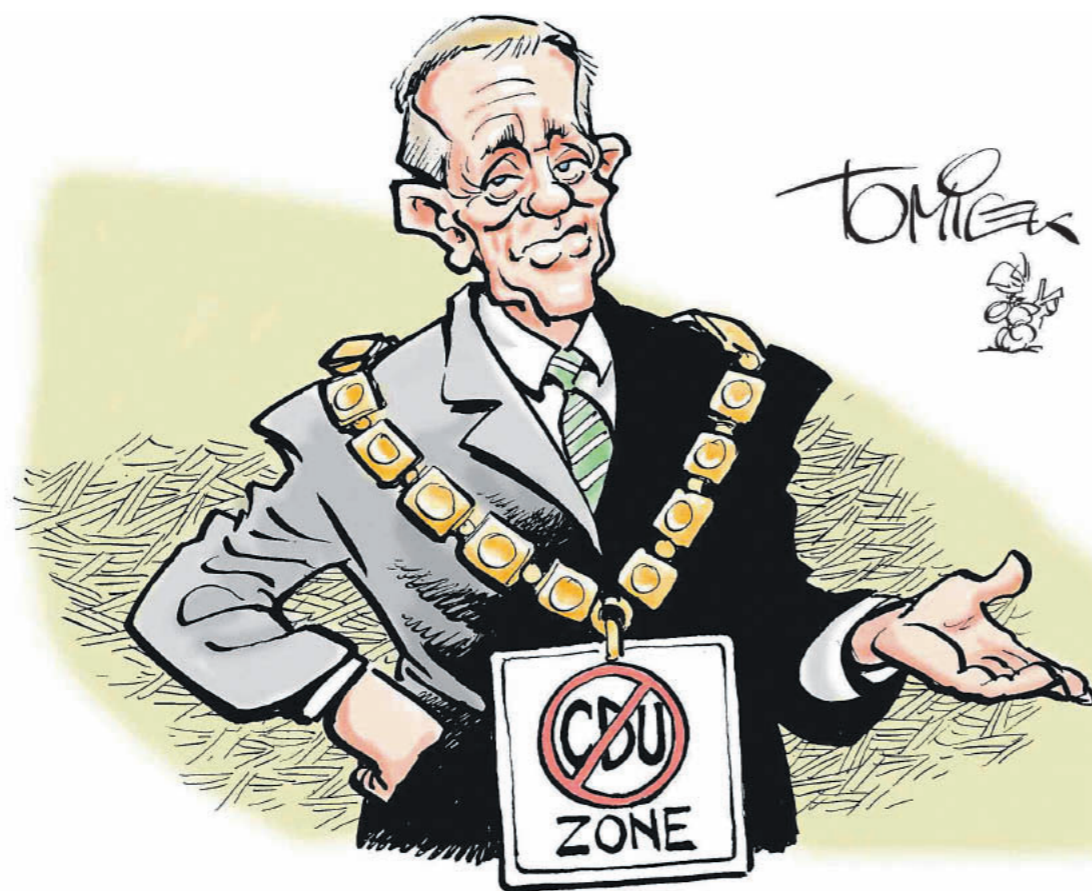
Im Umgang mit den Stuttgarter Wutbürgern könnte es passieren, dass der Urgrüne Kuhn bald bei dem sieben Jahre älteren Schulz in die Lehre gehen muss. Der promovierte Physiker genießt in Berlin den Ruf, stets einen Konsens zwischen bisweilen sehr konträren Interessenlagen anzustreben. Das kann nur eingeschränkt gelingen. So kämpfte ein 1988 gegründetes linkes Hausprojekt in der Yorkstraße 59 im 2005 erfolglos gegen seine Vertreibung durch einen Investor. Nach dessen Räumung besetzte ein Teil der Bewohner und Unterstützer kurzerhand zwei Etagen im linken Seitenflügel des symbolträchtigen Künstlerhauses Bethanien. Schulz, damals noch Baustadtrat des Bezirks, hatte unter anderem damit zu kämpfen, dass auf Besetzterseite sehr häufig die Ansprechpartner wechselten.

Geboren in Aschaffenburg

Franz Schulz, geboren am 1. August 1948 in der elterlichen Wohnung in der Aschaffener Elisabethstraße, suchte 1975 viel junges und alternatives Volk als Student die Freiheit in der halben Großstadt. 1996 wurde er zum Kreuzberger Bürgermeister gewählt – als einer der ersten grünen Bürgermeister bundesweit in dem 145.000-Einwohner-Stadtteil. 2001 wurde der West-Bezirk Kreuzberg mit dem Ost-Bezirk Friedrichshain (98.000 Einwohner) zusammengelegt, aus Einspargründen. Schulz wurde Baustadtrat. 2006 wurde Schulz erneut Bürgermeister, jetzt des gesamten fusionierten Innenstadtbereichs Friedrichshain-Kreuzberg.

1954 war Schulz' Familie nach Damm gezogen, in die Scheffelstraße, direkt neben die Kirche. Der spätere Doktor der Physik besuchte die Dalberg-Grundschule in der Paulusstraße. In der Kirche wurde der Junge Organist und freute sich, dass Hochzeiten für sein Taschengeld besonders lukrativ waren. Nach dem Hauptschulabschluss 1963 lernte Schulz Photolithographie bei der chemografischen Gesellschaft, wo er unter anderem die Bilder für das Main-Echo auftrastete. »Der damalige Chef des Main-Echo war ein Unikum«, erinnert sich Schulz schmunzelnd, »der sah aus wie ein Hausmeister, lief in Arbeitshose über den Hof und räumte bisweilen sogar selbst mit dem Bagger Müll weg.«

Mit Aschaffenburg verbindet Schulz heute nur noch seine persönliche Geschichte: Eltern und Geschwister leben heute in der Nähe von Würzburg. »Aber auch nach Würzburg fahre ich immer über Aschaffenburg, um zu schauen«, verrät der Friedrichshain-Kreuzberger Bezirksbürgermeister. Henson Stehling



IMMER MEHR GRÜNE ZONEN IN DEUTSCHEN RATHÄUSERN

Heimkehr nach Stuttgart

Fritz Kuhn: Der 57-jährige Realo erobert für die Grünen den Oberbürgermeister-Sessel

STUTTGART. Für Fritz Kuhn (Foto: dpa) ist es eine Heimkehr: Er gehörte vor mehr als 32 Jahren zu den Gründungsmitgliedern der Grünen in Baden-Württemberg. Vor rund zwölf Jahren verließ der Grünen-Realo Stuttgart, um in der Bundespolitik mitzumischen. Kuhn war Parteichef der Bundes-Grünen und Fraktionschef im Bundestag. Nun beschließt der 57-Jährige seine politische Karriere in Stuttgart – und schreibt als erster grüner Oberbürgermeister einer Landeshauptstadt Geschichte.

Manche sagen, was Winfried Kretschmann vor eineinhalb Jahren im Großen machte, als er erster grüner Ministerpräsident wurde, vollzieht Kuhn nun im Kleinen. Seit fast 40 Jahren war der OB-Posten in Stuttgart eine CDU-Bastion. Bereits Kuhns langjähriger Weggefährte Rezzo Schlauch wollte den Chfessessel 1996 erobern – und lag damals knapp hinter seinem CDU-Konkurrenten Wolfgang Schuster. Kuhn und Schlauch galten damals als »Asterix« und »Obelix«.

Aus Kuhn wurde dann später »Fischers Fritz« – wegen seiner Nähe zum damaligen Außenminister Joschka Fischer. Kuhn gilt als Vordenker des Realo-Flügels seiner Partei. Zahlreiche Strategiepapiere hat er für sie verfasst. Auf die Frage, ob ein Intellektueller zum Stuttgarter OB-Posten passe, antwortete Kuhn vor einigen Monaten in einem Interview: »Wenn wir das Wort intellektuell einfach als Nachdenken verstehen, dann ist das eine urschwä-



»Ich bin ein reflektierter, unaufgeregter Typ.«

Fritz Kuhn

bische Eigenschaft.« Kuhn, der Philosophie und Germanistik in Tübingen und München studierte, gilt zwar als rhetorisch und intellektuell versiert, aber nicht unbedingt als volksnah. Auf Menschenmassen reagiert er zurückhaltend – als Mensch ist er eher ein ernster Typ. In einem Interview der Wochenzeitschrift »Kontext« meinte Kuhn dazu im vergangenen März: »Ich bin nicht cool. Ich bin ein reflektierter, unaufgeregter Typ, der über ein bestimmtes Maß an Bescheidenheit und Gelassenheit verfügt. Lieber nochmal

nachdenken und dann sprechen als umgekehrt.«

Kuhn versteht sich als Wertkonservativer, der die Bezeichnung »bürgerlich« so definiert: »Wenn man darunter spießig versteht, trifft es auf mich nicht zu. Wenn man darunter den Menschen versteht, der sich in die Belange des Gemeinwesens einmischt, im Sinne eines Citoyen, dann hat das einen anderen Klang. So verstehe ich mich.« Damit ist Kuhn offenbar auch im bürgerlichen Lager anschlussfähig.

Als OB wolle er sich im Ernstfall auch mit der grün-roten Landesregierung anlegen, um die Interessen der Stadt zu vertreten, hat er angekündigt. Seine Vision für Stuttgart ist eine Stadt, in der sich Ökonomie, Ökologie und soziale Gerechtigkeit verbinden. »Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben«, stand auf einem seiner Plakate. Im Streit um das Bahnprojekt Stuttgart 21 will er ausgleichend wirken, das Projekt selbst aber kritisch begleiten.

Im Bundestag war es zuletzt ruhig um den 1955 in Bad Mergentheim geborenen Grünen geworden. Den Posten als Vize-Fraktionschef legte er im Frühjahr nieder, um sich auf die OB-Kandidatur konzentrieren können. Kuhn, der nach wie vor ein Bundestagsmandat innehat, ist verheiratet und hat zwei Söhne. Zu seinen Hobbys sagt er: »Ich treibe regelmäßig Sport (Laufen), lese gerne Romane und koche urschwäbisch und italienisch, am liebsten Kässpätzle und Risotto.« Bettina Grachtrup (dpa)

»Relativ bürgerlicher Typ«

Interview: Politologe Gerd Langguth von Fritz Kuhns Erfolg in Stuttgart nicht überrascht

STUTTGART. Mit Fritz Kuhn bekommt Stuttgart den ersten grünen Oberbürgermeister einer Landeshauptstadt. Die CDU muss nach der verlorenen Landtagswahl einen weiteren Rückschlag verdauen und hadert ein Jahr vor der Bundestagswahl mit ihrer Schwäche in Großstädten. Petra Wettlaufer-Pohl sprach darüber mit dem Politologen Gerd Langguth.

Herr Langguth, wie kommt es, dass die Grünen in einem strukturkonservativen Land wie Baden-Württemberg solche Erfolge erzielen?

Die Grünen dort sind selbst strukturkonservativ. Sie haben ja auch immer schon mal mit einer schwarz-grünen Koalition geliebäugelt. Der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann wirkt bis in die CDU-Stammwählerschaft hinein, das hat sich auch bei der Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart ausgewirkt.

War es falsch, dass die gebeutelte CDU mit Sebastian Turner einen parteilosen Kandidaten aufgestellt hatte?

Turner ist ein attraktiver Kandidat, der auch einen guten Wahlkampf gemacht hat und von CDU, FDP und

Freien Wählern unterstützt wurde. Wenn es einer hätte reißen können, dann ein Parteiloser wie Turner. Aber Stuttgart ist in den letzten Jahren immer grüner geworden. Schon bei der vorherigen OB-Wahl hatte der grüne Rezzo Schlauch ein passables Ergebnis. Kuhn ist zudem kein Ideologe, sondern ein relativ bürgerlicher Typ.

Sind die Grünen längst eine Partei des bürgerlichen Lagers?

Die Grünen sind zumindest keine Volkspartei, wie die CDU es ist. Sie sind eher eine Partei der Besser-Verdienenden und Beamten. Speziell in Baden-Württemberg sind sie bürgerlicher als andernorts. Jürgen Trittin etwa würde man nicht zu den Bürgerlichen zählen.

Was macht die CDU falsch, sind es die Themen?

Das ist eine schwierige Frage. Die CDU, übrigens ähnlich wie letztlich auch die SPD, spricht das Lebensgefühl der urbanen Schichten ganz offenkundig nicht an. Die SPD-Kandidatin in Stuttgart hatte bei der ersten Wahlrunde ein ausgesprochen schlechtes Ergebnis. Die CDU

hat kaum noch Oberbürgermeister, Hamburg und Frankfurt sind an die Sozialdemokraten verloren gegangen. Allein die Initiative einiger CDU-Abgeordneter für die Gleichstellung der Homo-Ehe reicht jedenfalls nicht, auch wenn die Menschen in den Großstädten da anders ticken als auf dem Land. Die Grünen haben das Image, auf kommunaler Ebene näher an den Menschen zu sein. Auch Tübingen und Freiburg haben ja erfolgreiche grüne Oberbürgermeister, die auch keine Polarisierer sind, sondern den Konsens betonen.

Die CDU stellt oft die wirtschaftspolitischen Themen in den Mittelpunkt, während die Grünen gegen Feinstaub oder Stuttgart 21 kämpfen.

Die Grünen haben die Prüfung noch vor sich: Wenn sie der örtlichen Wirtschaft nur Schwierigkeiten machen, wird die Sympathiewelle bald abebben. Im Endeffekt kommt es den Menschen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen an. Stuttgart 21 hat ja bei der Abstimmung sogar in Stuttgart eine Mehrheit bekommen, und am Bodensee war das Thema ganz weit weg.

Kommentar

Neues Denken

Ralf Müller zum Urteil über Volksbegehren



Das hätte man dem bisher als ziemlich konservativ verschrienen bayerischen Verfassungsrichtern nicht zugetraut. Ohne Wenn und Aber und mit glasklarer Begründung erklärten sie das von den Freien Wählern (FW) gestartete Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren für zulässig.

Wie wenig man im politischen München mit einem solchen Urteil gerechnet hatte, zeigt schon die Tatsache, dass SPD und Grüne die FW-Initiative wegen juristischer Aussichtslosigkeit nicht unterstützen wollten, obwohl sie in der Sache derselben Ansicht sind.

Es war auch Zeit, dass mit der Verengung der Voraussetzungen für Plebiszite einmal Schluss gemacht wurde. Bislang wurde der Artikel 73 der Bayerischen Verfassung gerne als Instrument zur möglichst umfassenden Verhinderung von Bürgerentscheiden aller Art eingesetzt. Seine Auslegung konnte gar nicht weit genug sein, um möglichst viel an direkter Demokratie niederzubügeln.

Dass sich nun die bayerischen Verfassungshüter auf einen ande-

ren bürgerfreundlicheren Kurs begeben haben, zeigt neues Denken an. Und der CSU-Parteitag hat am vergangenen Wochenende einen Antrag beschlossen, der erstmals »konkrete Schritte« zur Einführung der direkten Demokratie auf Bundesebene verlangt.

In der Sache handelt es sich um eines der von vornherein aussichtsreicheren Volksbegehren, welches die Freien Wähler da auf den Weg gebracht haben. Denn die Frage, ob man als Studierender oder Eltern eines Studenten weiterhin bis zu 500 Euro pro Semester berappen möchte, werden wohl nur wenige bejahen. Da es ums Geld geht, dürfte auch die Mobilisierung leichter fallen als bei früheren, weitaus abstrakteren Plebiszit-Themen.

Gespannt wird man daher in nächster Zeit beobachten, welche Wirkung die Aussicht auf einen keineswegs chancenlosen Volksentscheid im Wahljahr 2013 auf die bayerischen Koalitionsparteien CSU und FDP hat. Vielleicht schlägt Ministerpräsident Horst Seehofer gleich zwei Fliegen mit einer Klappe und versenkt die Studiengebühren als »Geschwiebe« in der frei fließenden Donau.

Ihre Meinung zum Thema: lesermeinung@main-echo.de

Anschluss verloren

Martin Ferber zur Situation der CDU in Großstädten



Das waren's nur noch zwei. Von den 16 Landeshauptstädten der Republik sind seit diesem Sonntag nur noch Düsseldorf und Dresden in den Händen der CDU. Kaum besser wird es für die Partei von Angela Merkel, wenn man auf die Liste der 20 größten Städte dieses Landes blickt: Lediglich in drei Rathäusern sitzen Bürgermeister mit einem CDU-Parteibuch, nämlich in Düsseldorf, Dresden und Wuppertal, nachdem die SPD erst vor kurzem Duisburg und Frankfurt zurückeroberte. Und nun ging auch noch die schwarze Hochburg Stuttgart, seit 1974 CDU-regiert, verloren, zum ersten Mal ist das Rathaus einer Landeshauptstadt in den Händen der Grünen. Es half nicht einmal, dass die Stuttgarter CDU auf einen Kandidaten mit Stallgeruch verzichtete und stattdessen einen hippen parteilosen Werbe-Profi ins Rennen schickte. Auch dies konnte das Debakel nicht verhindern.

Der Befund ist nicht neu: Die CDU hat schon seit langem ein Großstadtproblem. Doch die schweren Niederlagen in den Wirtschaftsmetropolen und bürgerlichen Hochburgen Frankfurt und Stuttgart, die anders als die Arbeiterstädte des Ruhrpotts sowie die Stadtstaaten von einer breiten und wohlhabenden Mittelschicht geprägt sind, haben die Defizite der Union in aller Deutlichkeit offengelegt und bei allen hausgemachten Fehlern der örtlichen Parteifunktionäre das Problem verschärft. Selbst in Städten mit einer bürgerlich-liberalen Mehrheit kann das selbsternannte bürgerliche Lager nicht mehr automatisch auf Sieg setzen, wenn Kandidat und Botenschaft nicht stimmen. Und die Grünen sind alles, nur keine Bürgerschrecks mehr, vielmehr in der Mitte der Gesellschaft angekommen und von der Mitte der Gesellschaft akzeptiert.

Offensichtlich ist, dass die CDU den Anschluss an das neu entstandene urbane Milieu verloren hat,

das zwar gerne als »Latte-Macchiato-Generation« verspottet wird, aber über einen hohen Bildungsgrad, ein hohes Einkommen und ein hohes Sozialprestige verfügt, sich politisch eher links einordnet, gleichzeitig jedoch einen ausgesprochen bürgerlichen Lebensstil pflegt. Schon im Jahre 2002 erkannte Angela Merkel, damals gerade erst zwei Jahre als CDU-Chefin im Amt, das Großstadtproblem ihrer Partei und setzte eine achtköpfige Kommission unter Leitung von Jürgen Rüttgers ein, die Vorschläge erarbeiten sollte, wie die CDU wieder den Anschluss an die neue urbane Mittelschicht finden könnte. Doch außer einem Zwischenbericht im Jahre 2004 brachte diese Kommission nichts mehr zustande und schlief friedlich ein. Als Bundeskanzlerin warf Merkel ab 2005 programmatische Altlasten von Bord und positionierte die CDU von der Familien- über die Gesellschafts- bis zur Energiepolitik völlig neu. Aber auch diese samtene Revolution blieb bislang ohne greifbaren Erfolg bei der städtischen Zielgruppe. Die bevorzugt weiterhin das Original.

Ihre chronische Schwäche in den Großstädten kann die CDU noch kompensieren durch ihre Stärke in den ländlichen Regionen sowie in der Altersgruppe der Über-60-Jährigen. Doch auch diese Basis ist am Bröckeln. So verlor die Union innerhalb von zwei Jahren die Mehrheit in den beiden großen Flächenländern Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, im Januar könnte Niedersachsen folgen. Und so allmählich erreichen die Alt-68er das Rentenalter, die bis heute wenig mit der Union am Hut haben. So stellte schon Jürgen Rüttgers vor acht Jahren fast schon resigniert fest: »Ob die alte Lebensweisheit, »Wer mit 20 nicht links ist, hat kein Herz, und wer mit 40 noch links ist, keinen Verstand« weiter ihre Gültigkeit behält, ist offen.« Es drohe das »Ende des für die Union günstigen Lebenszykluseffektes«. An diesem Befund hat sich nichts geändert.

Ihre Meinung zum Thema: lesermeinung@main-echo.de

IMPRESSUM

Verlag und Druckerei: Main-Echo GmbH & Co. KG, Weicherstraße 20, 63741 Aschaffenburg, Postfach 10 07 48, 63705 Aschaffenburg, Telefon 0 60 21 / 39 60, Telefax 0 60 21 / 39 64 99, www.main-netz.de
Geschäftsführer: Ulrich Eymann, Reinhard Golembiewski;
Chefredaktion: Claus Morhart, Martin Schwarzkopf (stv., Chef vom Dienst);
Regionalredaktion: Gabriele Fleckenstein (leitende Redakteure: Peter Freudenberger, Thomas Jungewelter, Barbara Löffel); **Politik und Wirtschaft:** Renate Ries (leitende Redakteure: Martin Flenner, Manfred Petz); **Kultur:** Stefan Reis (Jürgen Overhoff, stv.); **Sport:** Günter Ruppel;
Verlagsleiter: Marco Eisert; verantwortlich für **Anzeigen:** Werner Naumann (sämtlich in Aschaffenburg, Weicherstraße 20). Für den Verkauf von Anzeigen gilt zurzeit die Preisliste Nr. 58 vom 1. 1. 2012.
 Bezugspreis bei Trägerzustellung 27,70 Euro, bei Postzustellung 30,50 Euro (jeweils einschl. Zustellgebühr und 7 % MwSt.). Bei Ausfall der Zeitung infolge höherer Gewalt (u. a. Streik, Unterbrechung des Arbeitsfriedens) besteht kein Ersatzanspruch. Abbestellungen nur schriftlich mit Unterschrift an den Verlag, spätestens 6 Wochen zum Quartalschluss.
 Für die Übernahme von Artikeln in elektronische Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte über die Presse-Monitor Deutschland GmbH & Co. KG, www.presse-monitor.de oder Telefon 0 30 / 28 49 30.